

BERICHT DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI IN ÖSTERREICH AN DEN [INTERNATIONALEN] SOZIALISTEN- UND GEWERKSCHAFTSKONGRESS WIEN 1914.

Der Kopenhagener Kongress und der Separatismus.

Der Internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongress zu Kopenhagen hatte für die Sozialdemokratie in Österreich seine besondere Bedeutung. Der Kongress hatte mit 222 gegen 5 Stimmen erklärt, „dass die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation in jedem Staate eine wesentliche Bedingung des erfolgreichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist“ und dass „jeder Versuch, internationale einheitliche Gewerkschaften in nationalseparatistische Teile zu zerschlagen, der Absicht dieser Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses widerspricht.“ Damit stellte der Kongress den sozialdemokratischen Parteien in Österreich die Aufgabe, die Lösung der schweren Krise [anzustreben], die die national-separatistischen Bestrebungen der tschechoslawischen Sozialdemokratie heraufbeschworen hatte.

Leider hat die tschechoslawische Sozialdemokratie dem Schieds[spruch] des Internationalen Sozialistenkongresses Achtung und Anerkennung versagt. Dem Kongress folgte ein Pressfeldzug der tschechischen separatistischen Presse, in dem die deutsch-österreichische Sozialdemokratie, die tschechischen [Zentralisten], aber auch alle ausländischen Genossen, die in Kopenhagen für die Einheit der gewerkschaftlichen Organisationen gesprochen und gestimmt haben, in der heftigsten Weise angegriffen werden. Am 25. September 1910 tagte in Prag eine Konferenz der tschechoslawischen Sozialdemokratie, die zwei Resolutionen annahm, in denen erklärt wurde, dass die tschechoslawische Sozialdemokratie an dem gewerkschaftlichen Separatismus festhält, und sich der Entscheidung des internationalen Kongresses, der sich die „Kompetenz arrogiert“ habe, sich in den inneren Streit zweier Sektionen der Internationale „einzumengen“, nicht unter[wirft].

Die Gesamtexekutive unserer Partei beschloß, eine *E i n i g u n g s k o n f e r e n z* einzuberufen, die eine Verständigung zwischen den internationalen Gewerkschaften und den tschechischen separatistischen Organisationen anstreben sollte. Die Konferenz tagte am 13. und 14. November 1910 in Prag, am 15. Dezember 1910 in Wien unter dem Vorsitz des Präsidenten Genossen Diamand. Die Reichsgewerkschaftskommission erklärte sich bereit, die separatistischen Organisationen anzuerkennen und mit ihnen Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen unter der Bedingung, dass: 1. die Führung der Lohnkämpfe besonderen Ausschüssen übertragen wird, die aus den Vertretern der internationalen und der separatistischen Organisationen im Verhältnisse ihres Mitgliederstandes zusammengesetzt werde; dass 2. gemeinsame Streikfonds gebildet werden, über deren Verordnung diese Ausschüsse entscheiden; dass 3.

die Separatisten sich verpflichten, die noch bestehenden einheitlichen Verbände nicht zu spalten und in Orten, in denen bisher die Organisation einheitlich geblieben war, keine Spaltung herbeizuführen. Die tschechoslawische Sozialdemokratie lehnte diese Bedingungen ab. In ihren Gegenvorschlägen hielt sie daran fest, dass nicht nur im tschechischen Sprachgebiet in Böhmen und Mähren nur die separatistischen Organisationen zur Organisierung der Arbeiter berechtigt sein sollen, dass vielmehr auch in gemischten Betrieben, in denen Deutsche und Tschechen nebeneinander arbeiten, die tschechischen Arbeiter einer anderen Organisation angehören sollen als die deutschen. Auch die einheitliche Führung der Lohnkämpfe durch gemeinsame Ausschüsse sollten die Separatisten mit weitgehenden Einschränkungen zugestehen. Eine Reichskonferenz der internationalen Gewerkschaften, die am 17. März 1911 in Wien tagte, erklärte die Vorschläge der Separatisten für unannehmbar. Damit waren die Einigungsverhandlungen gescheitert.

Schon im Jahre 1910 war aus der tschechoslawischen Partei eine Gruppe tschechischer Arbeiter in Brünn ausgeschlossen worden, weil sie den internationalen Gewerkschaften treu blieb. Um die Gruppe begannen sich jetzt diejenigen tschechischen Arbeiter zu scharen, die, der Kopenhagener Resolution treu, den Klassenkampf in enger Gemeinschaft mit den deutschen Genossen führen wollten. Diese Gruppen konstituierten sich auf dem Parteitage in Brünn am 13. und 14. Mai 1911 als „Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich.“ Damit war die Spaltung der tschechischen Sozialdemokratie vollzogen. Obwohl die Gründung der neuen Partei ohne jede materielle oder moralische Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie erfolgt ist; obwohl sie herbeigeführt wurde durch das Verhalten der tschechoslawischen Partei selbst, die die Genossen, die an den internationalen Gewerkschaften festhielten, aus ihren Reihen ausgeschlossen hat, war die Gründung der neuen Partei den Separatisten Anlass zur Verschärfung ihrer Feindseligkeiten gegen die deutsche Sozialdemokratie in Österreich.

Die neue („zentralistische“) tschechische Partei wurde von der deutschen Partei auf dem Parteitage zu Innsbruck (24. Oktober bis 2. November 1911) als eine proletarische Bruderpartei, der Vertretung in der österreichischen Gesamtexekutive und in der Internationale gebührt, anerkannt. Diesem Beschlusse sind die polnische Sozialdemokratie auf ihrem Parteitage zu Lemberg (10. Dezember 1911) und die südslawische Sozialdemokratie auf ihrem Parteitag in Laibach (26. bis 28. Mai 1912) beigetreten. Die Gesamtexekutive hat hierauf am 20. Juni 1912 einstimmig beschlossen, der neuen österreichischen Partei Sitz und Stimme in der Gesamtvertretung des österreichischen Proletariats zu gewähren. Die Vertreter der tschechoslawischen Sozialdemokratie nahmen an dieser Sitzung der Gesamtexekutive nicht teil. Sie erklärten schliesslich, die Aufnahme der tschechischen Zentralisten in die Gesamtexekutive bedeute die „Ausweisung“ der tschechoslawischen Sozialdemokratie aus der österreichischen Gesamtpartei. In der Tat stehen die Separatisten seither ausserhalb der Gesamtorganisation des österreichischen Proletariats.

Bei den Reichsratswahlen im Juni erlebte Österreich zum erstenmale das Schauspiel, dass sozialdemokratische Kandidaten gegeneinander kämpften. In den tschechischen Wahlbezirken kämpften Separatisten und Zentralisten gegen einander. In zwei deutschen Wahlbezirken stellten die Separatisten Gegenkandidaten gegen die Kandidaten der deutschen Sozialdemokraten auf. Bei den Wiener Gemeinderatswahlen im April 1912 verbrüderten sich die Separatisten sogar mit einer bürgerlichen Partei, den tschechischen Nationalisten, gegen die deutsche Sozialdemokratie.

Auch im Abgeordnetenhaus werden die Beziehungen zwischen den Separatisten und einem Abgeordneten abgebrochen.⁵ Nach den Reichstagswahlen von 1911 wurde der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten nicht wiederhergestellt. Unsere Abgeordneten bilden den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, dem auch die drei Vertreter der italienischen Sozialdemokratie als

⁵ Gemeint ist der zentralistische Sozialdemokrat Cingr.

Hospitanten beigetreten sind. Mit dem Klub der polnischen Sozialdemokratie, dem auch der einzige Vertreter der tschechischen Zentralisten im Parlament angehört, stehen unsere Abgeordneten in den regsten und freundschaftlichsten Beziehungen; wichtige Aktionen werden von den beiden Klubs stets gemeinsam durchgeführt. Der Klub der tschechoslawischen sozialdemokratischen Abgeordneten steht ausserhalb dieser [Gemeinschaft].

Der Kampf, der zur Trennung der tschechischen Separatisten von den sozialdemokratischen Parteien der anderen Nationen geführt wird, hat der österreichischen Arbeiterschaft schwere Wunden geschlagen. In fast allen grossen Lohnkämpfen hat sich die Spaltung der gewerkschaftlichen Organisationen als schwerer Schaden erwiesen. Auf dem politischen Gebiet ist unsere Angriffskraft gegen den bürgerlichen Nationalismus geschwächt, seitdem wir ihr nicht mehr in internationaler Einheit und Geschlossenheit gegenüberstehen. Die Überwindung dieser Schwierigkeiten ist unmöglich, solange die Tschechoslawische Sozialdemokratie an Formen der gewerkschaftlichen Organisation festhält, die mit den Erfordernissen des Klassenkampfes [nicht übereinstimmt].

Der Internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongress wird heuer auf österreichischem Boden tagen. Wir haben nicht die Absicht, ihn mit der Erörterung unserer inneren österreichischen Schwierigkeiten zu behelligen. Wir begnügen uns damit, hier festzustellen, dass das Beispiel der Disziplinlosigkeit, das die tschechoslawische Sozialdemokratie gegeben hat, indem sie dem Schiedsspruch der Internationale Achtung und Anerkennung verweigerte, dem gesamten Proletariat in Österreich den schwersten Schaden zugefügt hat.

Die Reichsratswahlen 1911.

In den Jahren 1908 und 1911 standen wir im Kampfe gegen die Regierung Bienenrth. Diese Regierung stützte sich auf die deutschen und die polnischen bürgerlichen Parteien; die tschechischen und die südslawischen bürgerlichen Parteien standen ihr feindlich gegenüber. Obwohl unsere Opposition gegen die Regierung andere Ursachen hatte, als die der tschechischen und der südslawischen Nationalisten, gab diese Tatsache dem deutschen Nationalismus doch die willkommene Gelegenheit, uns als Verbündete des slawischen Nationalismus, als „Verräter am Deutschtum“ hinzustellen. In demselben Augenblick, in dem die tschechischen Separatisten uns als Bedrücker der slawischen Arbeiter hinzustellen versuchten, griffen die deutschen Nationalisten uns als Schrittmacher des Slawentums an. In der Tat gelang es den deutschen Nationalisten unter werktätiger Hilfe der Regierung uns bei den Reichsratswahlen im Juni 1911 eine Koalition aller deutschbürgerlichen Parteien gegenüberzustellen, die uns eine Anzahl von Mandaten entriess.

Nur in Wien ist dieser Wunsch misslungen. Hier haben die Helfersdienste, die die herrschende christlichsoziale Partei den Agenden geleistet hat, breite Volksschichten gegen die Christlichsozialen erbittert. Ihre Erbitterung gegen die Christlichsozialen wurde noch gesteigert durch die Enthüllung einer Reihe skandalöser Korruptionsfälle im christlichsozialen Lager. Es gelang uns daher, den Christlichsozialen in Wien eine schwere Niederlage zu bereiten. Ihre Schwächung hatte den Sturz Bienenrths zur Folge.

Da unser Mandatsgewinn in Wien hinter unseren Verlusten in der Provinz zurückblieb, sank die Zahl unserer Mandate von 50 auf 44. Doch ist diese Schwächung nur darauf zurückzuführen, dass sich ausserhalb Wiens bei den Stichwahlen alle bürgerlichen Parteien gegen uns geeinigt hatten. Unsere eigene Kraft war nicht gesunken, sondern gestiegen. Unsere Stimmenzahl in den deutschen Wahlbezirken betrug:

1907	513.219
1911	542.549

Von allen deutschen Stimmen in Österreich sind 1907 29 Prozent, 1911 31,2 Prozent der Sozialdemokratie zugefallen.

Der Kampf gegen die Teuerung.

Das Jahr 1911 war ein Jahr empfindlicher Teuerung. Die Arbeitermassen forderten stürmisch Hilfe gegen die Verteuerung der Lebensmittel und der Wohnungen. Vor allem wurde die Öffnung der Grenze für ausländisches Fleisch verlangt. Unsere Abgeordneten stellten diese Forderung sofort nach den Nachwahlen zur Verhandlung im Parlament. Ihre Aktion wurde durch Massenversammlungen und Strassendemonstrationen unterstützt. Da die Regierung jedes Zugeständnis verweigerte, wurde oft Erbitterung der von der Teuerung gequälten Volksmassen [laut]. Am 17. September 1911 kam es auf den Strassen Wiens zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Truppen und den demonstrierenden Arbeitermassen. Vier Arbeiter wurden getötet, viele verletzt. Die grausame Rechtsprechung der Wiener Gerichte gegen die bei dieser Demonstration verhafteten Arbeiter steigerte die Erregung. Als das Abgeordnetenhaus am 5. Oktober 1911 zusammentrat und Adler gegen die Bluttaten des 17. September und gegen die Klassenjustiz der Wiener Gerichte protestierte, feuerte der serbische Tischlergehilfe Njegusch aus Dalmatien, in einem Anfall leidenschaftlicher Erregung, von der Galerie fünf Revolverschüsse gegen den Justizminister ab. Durch die Schüsse des Dalmatiners wurde niemand verletzt. Aber das Attentat gab den bürgerlichen Parteien den willkommenen Anlass zu einer wilden Hetze gegen die Sozialdemokratie. Durch diese Kämpfe wurden die Klassegegensätze verschärft und ver[größert]. Im Kampfe gegen die Teuerung konnten wir der widerstrebenden agrarisch-kapitalistischen Mehrheit nichts abringen, ausser einigen kleinen Reformen auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge und der Erhöhung der Bezüge der Eisenbahner, der Arbeiter der Staatsbetriebe, der Staatsbeamten und Staatsdiener. Doch hatte dieser Kampf das Ergebnis, dass die Aufmerksamkeit der Volksmassen den Fragen der Zoll- und Handelspolitik zugewendet wurde. Das Verständnis der Volksmassen für diese Fragen wird sich in den Kämpfen der Zukunft fruchtbar erweisen.

Der Krieg gegen den Krieg.

Stand das Jahr 1911 im Zeichen des Kampfes gegen die Teuerung, so standen die Jahre 1912 und 1913 im Zeichen des Krieges gegen den Krieg. Er wurde eingeleitet durch den Kampf unserer Abgeordneten gegen das neue Wehr g e s e t z, das im Sommer 1912 beschlossen wurde. Er steigerte sich, als der Beginn des Balkankrieges Österreich vor unmittelbare Kriegsgefahr stellte.

Am 1. Oktober 1912 haben die Balkanstaaten ihre Heere in den Kriegsstand gesetzt. Die österreichisch-ungarische Regierung verkündete damals als ihr Ziel die Erhaltung des „Status quo“. In der öffentlichen Meinung wurde besonders der Sandschak Novibasar als österreichische Interessen[sphäre] angesehen, dessen Besetzung durch Serbien und Montenegro Kriegsfall wäre. Am 7. Oktober, noch vor dem Beginn des Balkankrieges protestierte Ellenbogen in den Delegationen⁶ gegen diese Politik; Österreich dürfe sich in die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel nicht [ein]mengen. Am 14. Oktober wurde ein Manifest unserer Gesamtexekutive veröffentlicht, das die Parolen ausgab: „Keine Einmischung in den Balkankrieg! Der Balkan den Balkanvölkern! Erhaltung des Friedens!“ An demselben Tage begann unsere Versammlungskampagne gegen den Krieg mit einer Massenversammlung in Wien, der Versammlungen in allen grösseren Städten des Reiches folgten. Am 14. und 15. Oktober kämpften Schuhmeier und Ellenbogen in der Delegation gegen die Rüstungskredite. Am 22. Oktober überreichte Adler im Abgeordnetenhaus eine Interpellation gegen den Einspruch Österreich-Ungarns gegen die Besetzung des Sandschaks Novibasar durch Serbien und Montenegro. Am 28. Oktober sprach Seitz in der Budgetdebatte gegen jede Einmischung Österreich-Ungarns in den Balkankrieg.

⁶ Die Delegationen waren gemeinsame Gremien der Parlamente Österreichs und Ungarns im wesentlichen zu Angelegenheiten der Außenpolitik und des Budgets.

Unsere Aktion empfing einen Anstoss, von unserem Parteitag, der am 31. Oktober in Wien zusammentrat. Der Parteitag wurde zu einer gewaltigen Demonstration gegen den Krieg. Sofort nach dem Parteitage wurde ein Flugblatt gegen den Krieg im ganzen Reiche verbreitet. Am 10. November fanden in Wien und in allen grossen Städten des Reiches Massenversammlungen und Strassendemonstrationen statt, die gegen jedes Eingreifen Österreich-Ungarns in die blutigen Ereignisse auf der Balkanhalbinsel protestierten. Die ganze Aktion wurde von unserer Presse stets kräftig unterstützt. Sie liess sich durch die täglichen Konfiskationen nicht einschüchtern. Unsere Aktion im Oktober und November hat sehr viel dazu beigetragen, dass die österreichische Regierung ihre Haltung zu den Balkanereignissen veränderte. Die Politik des Status quo wurde aufgegeben, gegen die Besetzung des Sandschak Novibasar kein Einspruch erhoben.

In den Vordergrund rückte nun die albanische Frage. Schon am 15. und am 18. November wurde sie von Ellenbogen und Pittoni in der Delegation erörtert. Unsere Delegierten protestierten dagegen, dass Österreich-Ungarn auf Albanien Ansprüche erhebe. Am 24. und 25. November nahmen unsere Vertreter in grosser Zahl an dem Internationalen Kongress in Basel teil; seine Beschlüsse fanden in Österreich [starken] Widerhall. Das Manifest des Kongresses wurde am 26. November in Wien konfisziert. Als unsere Abgeordneten noch an demselben Tage über diese Konfiskation eine Interpellation einbrachten, verweigerte der Präsident des Abgeordnetenhauses die Verlesung der Interpellation in öffentlicher Sitzung. Am 26. und 28. November führte diese Konfiskation zu heftigen Zusammenstössen im Abgeordnetenhaus. Das Wiener Landesgericht hat übrigens die Konfiskation im Dezember aufgehoben und das Baseler Manifest konnte nun auch in Österreich verbreitet werden.

Indessen hatte die Regierung im Abgeordnetenhaus das Kriegsleistungsgesetz eingebracht, das ihre Furcht vor dem Widerstande der Völker gegen den Krieg offenbarte. Das Gesetz hat die Aufgabe, einen Generalstreik im Kriegsfall unmöglich zu machen. Das Gesetz bestimmt unter anderem: Arbeiter und Betriebsbeamte von Eisenbahnen, Schifffahrtsunternehmungen, Fabriken und Bergwerken, deren Betrieb für Kriegszwecke notwendig ist, können in Kriegszeiten durch Verordnung der Regierung der militärischen Strafgerichtsbarkeit und der militärischen Disziplinargewalt unterworfen und verpflichtet werden, in ihren Arbeitsstellungen zu bleiben. Sobald die Regierung eine solche Verordnung erlässt, wird der Streik in den Betrieben, auf die sich die Verordnung erstreckt, zu einer strafbaren Handlung, die als Verletzung der militärischen Dienstpflicht von den Militärgerichten bestraft wird. Am 29. November erklärte der Ministerpräsident, das Gesetz müsse bis zum 9. Dezember vom Abgeordnetenhaus unverändert angenommen werden; sonst werde die Regierung das Abgeordnetenhaus vertagen und das Gesetz ohne Zustimmung des Reichsrats auf Grund des § 14 in Kraft setzen! Unsere Abgeordneten liessen sich durch diese Drohung nicht einschüchtern. Vom 4. bis 6. Dezember führte Renner im Justizausschuss, vom 17. bis 20. Dezember die Fraktion im Abgeordnetenhaus den Kampf gegen dieses Gesetz. Es gelang uns nicht, das Gesetz zu verhindern, wohl aber die Milderung einiger seiner wichtigsten Bestimmungen durchzusetzen. Nach heftigen Kämpfen wurde das Gesetz am 20. Dezember mit 250 gegen 116 Stimmen angenommen.

Im Dezember wurde in Österreich die Kriegsstimmung durch Lügen über angebliche Misshandlungen genährt, die der österreichisch-ungarische Konsul Prochaska in Üsküb erlitten habe. Unsere Presse kämpfte unermüdlich gegen diese Kriegshetze. Am 13. Dezember beantragte Leuthner im Abgeordnetenhaus, den Fall Prochaska der Entscheidung des Haager Schiedsgerichts zu unterbreiten. In Leuthners Begründungsrede wurden damals zum ersten Male die lügenhaften Methoden, deren sich das Pressbüro des österreichisch-ungarischen auswärtigen Amtes damals bediente, aufgedeckt. Die späteren Ereignisse haben diese Kritik vollauf gerechtfertigt.

Als im Jänner 1913 die wirtschaftlichen Wirkungen der Kriegshetze fühlbar zu werden begannen, setzten wir mit einer neuen Versammlungskampagne ein. In ganz Österreich wurden Versammlungen mit der Tagesordnung: „Kriegslasten und kein Arbeiterschutz“ einberufen. Als dann im Februar das

Abgeordnetenhaus wieder zusammentrat, nahmen wir den Kampf für die Entlassung der im Herbst einberufenen Reservisten auf. Am 11. Februar, am 6. März, am 15., 21. und 27. Mai musste sich das Abgeordnetenhaus mit unseren Anträgen und Interpellationen über die Entlassung der Reservisten beschäftigen. Aber erst am 19. Juni gelang es uns, die Annahme eines Antrages durchzusetzen, der die Entlassung der Reservisten forderte.

Als die Eroberung Skutaris durch Montenegro neuerlich die Gefahr des Krieges herbeiführte, setzte unsere Aktion von neuem ein. Der 1. Mai 1913 wurde zu einer grossen Friedensdemonstration. Hunderte Versammlungen forderten neuerlich die Regierung auf, „keinen Schritt, der zum Krieg führen kann, zu unternehmen“, und gewaltige Strassendemonstrationen verstärkten den Eindruck dieser Versammlungen.

Während der Kriegsgefahr war der Ausnahmezustand über Bosnien und die Herzegowina verhängt worden. Dem energischen Eingreifen unserer Abgeordneten ist es gelungen, die schnelle Aufhebung des Ausnahmezustandes und die Wiederherstellung der durch ihn zerstörten gewerkschaftlichen Organisationen durchzusetzen.

Auch nach der Beseitigung der unmittelbaren Kriegsgefahr haben wir unseren Krieg gegen den Krieg fortgesetzt. Wir haben nicht nur im Abgeordnetenhaus und in der Delegation die österreichisch-ungarische Balkanpolitik bekämpft, nicht nur dort vor den Gefahren des albanischen Abenteuers immer wieder gewarnt, nicht nur dort die neuerliche Erhöhung des Friedensstandes und die Verwendung der Kriegsflotte bekämpft; wir haben überdies in zahllosen Arbeitslosenversammlungen im Winter 1913/14 die Kriegshetzer für die schwere Wirtschaftskrise, die auf Österreich lastet, verantwortlich gemacht und dadurch die Arbeiterschaft mit der Überzeugung erfüllt, dass es ihre wichtigste Aufgabe ist, alles zu bekämpfen, was den Frieden Europas bedroht.

Finanzreform und soziale Reformen.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1913 war die Finanzreform der wichtigste Gegenstand unserer parlamentarischen Kämpfe. Hier ist es uns gelungen, wichtige Erfolge zu erkämpfen. Nach langen Kämpfen wurde ein von unseren Abgeordneten gestellter Antrag angenommen, durch den alle Jahreseinkommen bis zu 1600 Kr von der Einkommensteuer befreit wurden und der Staatsschatz durch Erhöhung der Steuern von Einkommen von mehr als 10.000 Kr entschädigt wurde.

Auch auf dem Gebiet der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Arbeiterversicherung sind einige neue Gesetze zu verzeichnen, die aus der Initiative unserer Abgeordneten hervorgegangen sind; so die Ausdehnung der Unfallversicherung im Baugewerbe und Bergbau, die Ausdehnung der Kranken- und der Unfallversicherung auf die Seeschifffahrt und die Seefischerei, die Gesetze über die Lohnzahlung im Bergbau und über das Verbot der Nachtarbeit der Frauen im Bergbau, das Gesetz über den Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter in Gewerbebetrieben (§ 74 G.-O.), die Verordnungen über die Sonntagsruhe und die Arbeitspausen in [3-Schicht-Betrieben] und über die Sieben-Uhr-Sperre im Handelsgewerbe, das Gesetz über die Steuerermässigung für die Genossenschaften und über staatliche Kredithilfe für Baugenossenschaften.

Die Angriffe auf das Koalitionsrecht zwangen uns immer wieder zur Abwehr. Die Ermordung unseres Genossen Schummeier durch einen christlichsozialen Organisationsbrecher gab der bürgerlichen Presse Anlass zu einer wilden Hetze gegen den „Terrorismus“ der Gewerkschaften. Ein Streikbrecheragent, der während der Buchdruckeraussperrung anfangs 1914 einen Vertrauensmann der Ausgesperrten ermordet hatte, und ein Streikbrecher, der während des Grazer Schneiderstreiks kurz nachher den Sekretär des Schneiderverbandes schwer verletzt hatte, wurde von den bürgerlichen Geschworenen freigesprochen. Bei fast jedem Lohnkampf hatten wir Übergriffe der von den Unternehmerverbänden beeinflussten Behörden abzuwehren.

Der Kampf gegen den Absolutismus.

Der Kampf zwischen der deutschen und der tschechischen Bourgeoisie in Böhmen hat seit dem Anfang des Jahres 1914 wieder einmal das Parlament gelähmt. Die Regierung hat die Obstruktion der tschechischen bürgerlichen Parteien im Parlament damit beantwortet, dass sie das Parlament vertagte, das Budget, das Rekrutengesetz und eine Reihe anderer Gesetze auf Grund des § 14 ohne Zustimmung des Reichsrates in Wirksamkeit gesetzt hat. Der Kampf gegen den unter diesem Titel sich einschleichenden Absolutismus war in den letzten Monaten die wichtigste Aufgabe der österreichischen Arbeiterschaft. Er wird in unserer Presse und in unseren Versammlungen geführt und wurde auch in den Delegationen von unseren Vertretern wirksam unterstützt.

Parteiorganisation.

Die Organisation der deutschen Sozialdemokratie in Österreich ist auf der Grundlage politischer Vereine aufgebaut. In allen industriellen Bezirken des Reiches bestehen Parteivereine, deren Tätigkeit bis in die kleinsten Gemeinden reicht. Es gibt heute keinen Industrieort Österreichs mehr, in dem die Sozialdemokratie nicht schon eingedrungen wäre. Von Bodenbach im Norden des Reiches bis nach Triest an der Küste des Adriatischen Meeres und von Vorarlberg im Westen bis in die Bukowina an der Grenze Russlands, zieht sich das Netz unserer politischen Organisation.

Wohl haben wir in den letzten Jahren unter der Wirtschaftskrise, sowie unter den kriegerischen Ereignissen am Balkan, die Österreichs Machthaber zu wahnsinnigen Kriegsrüstungen und einer teilweisen Mobilisierung des Heeres veranlassten, erheblich gelitten – aber trotz der ausserordentlichen Schwierigkeiten gelang es, unsere politische Organisation ungeschwächt zu behaupten, ja noch weiter auszubauen.

Die Mitgliederbewegung in den letzten vier Jahren war folgende:

Jahr	Lokalorganisationen	Männer	Mitgliederzahl		Zusammen
			Frauen		
1910	1239	102.118	12.198		114.316
1911	1448	128.800	17.823		146.623
1912	1369	125.434	20.090		145.524
1913	1365	121.969	20.058		142.027

Vom Jahre 1910 bis 1911 ist der Mitgliederstand unserer politischen Organisation ganz erheblich gestiegen. Dann trat ein Stillstand ein, der in den nächsten drei Jahren nicht überwunden werden konnte. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Österreichs ist dieser Stillstand im Wachstum der Organisation nicht verwunderlich, und dies um so weniger, als auch in der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation dieselbe Erscheinung zu beobachten war.

An agitatorischer Arbeit liessen es die Parteiorganisationen nicht fehlen. Woche um Woche und Tag um Tag sind Hunderte Vertrauensmänner tätig, um der politischen Organisation neue Anhänger zu gewinnen. Wenn man allein die Zahl der in einem Jahre abgehaltenen politischen Versammlungen ins Auge fasst, bekommt man eine Vorstellung von der unermüdlichen Werbearbeit, die geleistet wurde – und immer wieder neu geleistet wird. Im Jahre 1913 sind 5373 Vereinsversammlungen, 12.224 Sitzungen und auf geladene Gäste beschränkte kleinere Versammlungen, 2014 Volksversammlungen abgehalten worden.

Von Zeit zu Zeit veranstaltet die politische Organisation Werbewochen, in denen durch die Verbreitung von Zeitungen, Flugblättern und durch mündliche Agitation versucht wird, neue Mitglieder zu gewinnen.

Dass alle diese Arbeit nicht allein aus Pflichtgefühl, sondern mit Begeisterung geleistet wird, ist unser Stolz. Wir dürfen deshalb wohl mit Genugtuung sagen, dass die innere Festigkeit unserer politischen Orga-

nisation in den letzten Jahren erheblich grösser geworden ist. Unsere Parteioorganisation ist besser und schlagfertiger geworden, was sich in allen politischen Kämpfen des Proletariates erweist.

* *
* *

Über die Kassengebarung des Parteivorstandes der politischen Organisation der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie unterrichten die folgenden Ziffern:

Parteifonds.			
Berichtsjahr	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
		Kronen	
1912/13	139.583,01	119.387,60	20.195,41
1913/14	145.333,26	141.674,34	3.658,92

Der Innsbrucker Parteitag (1911) beschloss die Einführung eines vom Parteifonds unabhängig zu verwaltenden

Wahlfonds.			
Berichtsjahr	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
		Kronen	
1912/13	60.214,04	50.539,05	9.674,99
1913/14	69.890,87	15.913,48	53.977,39

Schuhmeier-Fonds.

Das tragische Ende Franz Schuhmeiers veranlasste den Parteivorstand, zur dauernden Erinnerung an diesen unseren unvergesslichen Freund, der zeitlebens das Muster eines hochstrebenden, bildungseifrigen Proletariers war, einen Franz Schuhmeier-Fonds für die Bildung und Erziehung der Arbeiterjugend zu gründen. Der zu diesem Zweck veröffentlichte Aufruf ergab bis Ende Juni 1914 ein Sammlungsergebnis von Kronen 20.395,14.

Frauenorganisation.

Der erfreuliche Aufschwung der proletarischen Frauenbewegung, von dem wir schon dem Kopenhagener Kongress berichten konnten, hat angehalten. Wohl verbietet die österreichische Gesetzgebung den Frauen Mitglieder eines politischen Vereins zu sein, aber trotzdem gehören der politischen Organisation der deutschen Sozialdemokratie in Österreich Tausende Frauen an. Das Solidaritätsgefühl und die Kampfesbegeisterung der proletarischen Frauen waren stärker als der papierene Buchstabe des Gesetzes. So wurde es möglich, dass trotz des gesetzlichen Verbotes und mannigfacher behördlicher Schikanen die Zahl der politisch organisierten Frauen von Jahr zu Jahr wuchs. Seit dem letzten internationalen Kongress ist die Zahl unserer Frauenorganisationen auf 312, die Mitgliederzahl von 14.000 auf 20.000 gestiegen.

Dieser Erfolg ist vornehmlich der ungemein grossen agitatorischen Rührigkeit unserer Frauenorganisation zu danken. Sie ist unermüdlich in der Abhaltung von Werbeversammlungen, in der Veranstaltung von Vorträgen, Diskussionen und Unterrichten, sowie in der Verbreitung aufklärerischer Flugblätter und Zeitungen. Im Frühjahr eines jeden Jahres wird ein Frauentag abgehalten, an dem die Proletarierfrauen für das Frauenwahlrecht demonstrieren. Der grosszügige Kampf um politische Rechte, den unsere Frauenorganisation mit leidenschaftlicher Energie führt, hat dazu beigetragen, die Frauen Österreichs aufzurütteln, und sie in grosser Zahl dem proletarischen Befreiungskampf zuzuführen.

Mit dem Wachstum der Organisation ist auch die Verbreitung des Organes der österreichischen Arbeiterinnen, die „Arbeiterinnenzeitung“, eine grössere geworden. Während die Auflage des Blattes im Jahre 1910 20.000 Exemplare betrug, beträgt sie nunmehr 30.000 Exemplare.

Jugendorganisation.

Als die Jugendorganisation im Jahre 1894 gegründet wurde, war sie ein Wiener Lokalverein. Zehn Jahre später, im Jahre 1903, gab es 19 Jugendorganisationen, wovon 13 in Wien und Niederösterreich, 4 in Böhmen und je eine in der Steiermark und Mähren waren. Nunmehr wurde der Verein „Jugendlicher Arbeiter“ gegründet. Er nahm einen geradezu glänzenden Aufschwung. Am Ende des Jahres 1913 zählte er 351 Ortsgruppen und Zahlstellen, davon waren in Wien und Niederösterreich 65, in Böhmen 222, in der Steiermark 20 und in Mähren 16, in Oberösterreich 10, in Salzburg 2, in Tirol 1, in Kärnten 3, in Schlesien 6 und in der Bukowina 4.

Im Jahre 1904 hatte unsere Jugendorganisation kaum 3000 Mitglieder, 7 Jahre später, im Jahre 1911 waren es 9142, im Jahre 1912 12.062, im Jahre 1913 14.104. Seit dem Jahre 1911 hat die Jugendorganisation ihre Mitgliederzahl um 5546, das ist um 39 Prozent vermehrt.

Die Werbekraft der Organisation zeigen die Beitritte. 1911 waren im Monat durchschnittlich 851, im Jahre 1912 864 und im Jahre 1913 1058 Neubetriebe zu verzeichnen.

Um diese Erhöhung der Werbekraft herbeizuführen, war eine grosse agitatorische Arbeit nötig. In den letzten zwei Jahren fanden nicht weniger als 12.840 Versammlungen, Vereinsabende, Vorträge und Ausflüge statt. Sie waren von 302.983 Personen besucht. Die Werbearbeit der Versammlungen wurde ergänzt durch die Verbreitung aufklärender Zeitungen und Flugblätter. Im letzten Jahrfünft fanden 2,074.950 Flugblätter und Versammlungszettel in der Agitation Verwendung.

Auch die finanzielle Gebarung des Verbandes gibt Zeugnis von dem Aufstieg unserer Jugendorganisation. Im Gründungsjahr 1903 hatte der „Verband Jugendlicher Arbeiter“ eine Gesamteinnahme von Kr 229,58, dem eine Gesamtausgabe von Kr 125,94 gegenüberstand. Im Jahre 1913 nahm er Kr 42.304,90 ein und gab Kr 40.565,65 aus. Er nahm also im letzten Jahr durchschnittlich in einer einzigen Woche viermal soviel ein, als im ganzen Gründungsjahr.

Mit dem Wachstum der Organisation ist auch das Verbreitungsgebiet der Zeitschrift „Der jugendliche Arbeiter“ grösser geworden. Während in den [ersten] Jahren ihres Bestandes die Zeitschrift in einer Auflage von 3000 bis 5900 Exemplaren erschien, beträgt sie nunmehr mindestens 17.000 Exemplare. Seit der Gründung des „Jugendlichen Arbeiter“ sind 1,130.850 Exemplare erschienen und verbreitet worden.

Hand in Hand mit der eifrigen Werbetätigkeit geht eine umsichtige Erziehungsarbeit. Für die Mitglieder des Verbandes jugendlicher Arbeiter sind gute Bibliotheken eingerichtet worden. Es werden eine beträchtliche Zahl Unterrichts- und Lehrkurse in allen Wissensgebieten abgehalten. In der letzten Zeit ist eine eigene Schriftenabteilung ins Leben gerufen worden, welche an die Mitglieder ausgewählte Schriften zu einem ermässigten Preis abgibt. Es sind bereits 99.971 verschiedene Schriften auf diese Weise an die Mitglieder abgesetzt worden.

Dieses Bild rührigen Aufwärtstrebens und ernsten Lerneifers wäre nicht vollständig, wenn wir vergessen hinzuzufügen, dass auch die österreichischen Behörden sich in ihrer Weise um die Kulturarbeit unserer Jugendorganisation kümmern. In den letzten zwei Jahren wurden 78 Funktionäre wegen Übertretung der rückständigen Vereins- und Pressgesetze zu Geldstrafen verurteilt.

Bildungsorganisation.

Seit der Wirksamkeit der im Jahre 1909 gegründeten Zentralstelle für das Bildungswesen ist die frühere Zersplitterung der Bildungsarbeit einer planmässigen und ungemein erfolgreichen Betätigung

auf diesem Gebiete gewichen. Die Zentralstelle für das Bildungswesen besorgt in Wien Einzelvorträge, Vortragskurse und Unterrichte für alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Sie steht in Verbindung mit den von Bürgerlichen geleiteten Volksbildungsinstituten und sichert den Mitgliedern unserer Organisationen auch die Teilnahme an diesen Unternehmungen. Die bedeutendste Schöpfung ist die Wiener Arbeiterschule, in der in zwei Schuljahren zu je 120 auf 30 Wochen verteilten Unterrichtsstunden, Nationalökonomie, Staats- und Gesellschaftslehre, Geschichte des Sozialismus, Gewerkschaftswesen und österreichisches Recht unterrichtet wird.

Die Zahl der in Wien von der Zentralstelle an die einzelnen Organisationen vermittelten Einzelvorträge ist von 865 im Jahre 1903/4 auf 1091 im Jahre 1908/9 und auf 1746 im Jahre 1912/13 gestiegen. Die Zahl der vermittelten Vorträge ist also beinahe doppelt so gross als vor fünf Jahren bei der Gründung der Wiener Unterrichtsorganisation. Vortragszyklen wurden im letzten Jahre 106 mit 460 Vorträgen veranstaltet. An den Einzelvorträgen nahmen etwa 70.000, an den Zyklenvorträgen 23.000 Personen teil. Die Zahl der Unterrichte betrug 85, mit 2136 Abenden.

Seit einigen Jahren werden in unserer Unterrichtsorganisation auch Lichtbildervorträge veranstaltet. Die Besucherzahl bei diesen Vorträgen war im letzten Jahr 8260.

Für die Wiener Arbeiter wird jährlich eine Anzahl grosser Sinfoniekonzerte veranstaltet, die massenhaft besucht werden und zu den bedeutendsten musikalischen Veranstaltungen Wiens gehören.

Ein grosser Schritt nach vorwärts geschah durch die Schaffung einer Abteilung für das Bibliothekswesen. Sie setzte sich zur Aufgabe, die Wiener Arbeiterbüchereien nach den neuen Bibliothekserfahrungen umzugestalten und auszubauen, für gute Bücherbestände und fehlerfreie Bücherverzeichnisse zu sorgen, unsere Bibliothekare zu schulen und zu beraten, die Entlehnungsweise und die Statistik zu vereinheitlichen und alles aufzubieten, um dem Büchereiwesen in der Arbeiterbewegung die grösstmögliche Wirksamkeit zu verschaffen.

Die mit der Zentralstelle in Verbindung stehenden 14 Wiener Zentralbibliotheken verfügten im Jahre 1913 über 51.949 Bände und 83.000 benützungsberechtigte Arbeiter. Die Zahl der Leser betrug vorderhand 5000, die der Bücherentlehnungen im ersten Halbjahr 1913 95.279.

Nicht so umfangreich wie für Wien ist die unmittelbare Wirksamkeit der Zentralstelle für die österreichische Provinz. Es werden aber doch in jedem Jahre einige Hundert Einzelvorträge ausserhalb Wiens, eine grössere Anzahl Vortragszyklen und Lichtbildervorträge veranstaltet. Mit der Veranstaltung von Vorträgen ist aber die Wirksamkeit der Zentralstelle für die Provinz nicht erschöpft. Ihre Bedeutung liegt vielmehr darin, dass sie im ganzen Reiche die Organisation der Bildungsarbeit durch lokale Komitees befördert und denselben ratend und helfend zur Seite steht. Einen guten Erfolg wies die bereits zweimal abgehaltene Parteischule auf. Im August 1910 war in Bodenbach, im August 1912 in Klagenfurt ein einmonatlicher Kurs für Vertrauensmänner. Die Parteischule erfreute sich eines zufriedenstellenden Zuspruchs an Schülern und einer regen Beteiligung derselben an dem Unterrichte. In einigen grösseren Städten sind Arbeiterschulen nach dem Muster der Wiener Arbeiterschaft geschaffen worden.

Sehr wichtig für die Bildungsarbeit in Österreich ist das Organ der Zentralstelle für das Bildungswesen „Die Bildungsarbeit“. Sie enthält Anleitungen für Vorträge, Zyklen, Zusammenstellungen von Büchereien und Anleitungen zu sonstiger Bildungskraft.

Die Zentralstelle gibt ferner Unterrichtsleitungen heraus, die zunächst als Unterrichtsbehelfe für die Parteischule und die Wiener Arbeiterschule gedacht waren, aber über diesen ursprünglichen Zweck hinausgehend, vielfach anregend auf das Vortragswesen gewirkt haben. Bis jetzt sind in dieser Sammlung erschienen: „Die Gewerkschaften“ und „Statistik“ von Adolf Braun, „Geschichte Österreichs“ von Otto Bauer, „Die Frauenfrage“ von Emmy Freundlich, „Sozialpolitik“ und „Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung“ von Julius Deutsch.

Kinderfreunde.

Seit einigen Jahren wirken in Österreich eine Anzahl Vereine „Kinderfreunde“, welche sich zur Aufgabe gestellt haben, den Proletarierkindern ihr schweres Los zu erleichtern und zugleich erzieherisch zu wirken. Um die Tätigkeit der Vereine „Kinderfreunde“ zu fördern und dieselben auch im sozialistischen Fahrwasser zu erhalten, hat der Parteivorstand im Jahre 1912 eine Reichsauskunftsstelle, den Kinderrat, geschaffen. Ihm gehören Vertreter des Parteivorstandes, der Gewerkschaftskommission, des niederösterreichischen Landespartei Vorstandes, der Frauenorganisation und der Unterrichtsorganisation, des Touristenvereins „Naturfreunde“, der Turnerorganisation, der Kinderfreundevereine und der Lehrerorganisation an.

Der Kinderrat versucht mit Erfolg, den Vereinen „Kinderfreunde“ eine grössere Verbreitung zu verschaffen. Er steht auch allen anderen Organisationen, die sich mit der Pflege des proletarischen Kindes befassen, mit Rat und Tat bei. Besonderen Anklang fand die Herausgabe von Merkblättern, die den auf dem Gebiet der Jugendpflege tätigen Genossen geeignete Ratschläge geben. Die Merkblätter behandeln die Veranstaltung von Kinderausflügen, die Anlage von Jugendbüchereien, die Veranstaltung von Spielen, von turnerischen und von gesanglichen Aufführungen.

In vielen Orten bestehen bereits Kinderbibliotheken, die ungemein stark von der Arbeiterjugend in Anspruch genommen werden. Es besteht auch eine eigene Zeitschrift „Der Kinderfreund“, welcher der Förderung aller dieser Bestrebungen dient.

Parteipresse.

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs besitzt sechs Tagesblätter, zwei dreimal wöchentlich, acht zweimal wöchentlich, sechzehn einmal wöchentlich, zwei vierzehntägig und zwei monatlich erscheinende Parteiblätter. Ausser den politischen Organen dienen den Interessen des klassenbewussten Proletariats Deutsch-Österreichs fünf Blätter für das Bildungswesen, eine wissenschaftliche Zeitschrift, eine kommunalpolitische Zeitschrift, zwei Jugendzeitschriften, zwei sozialpolitische Blätter, zwei Genossenschaftsblätter, drei Sportblätter, eine belletristische Zeitschrift. Die Auflage der österreichischen Arbeiterblätter betrug Ende Juni 1913:

36 politische Blätter	335.400
53 deutsche Gewerkschaftsblätter	366.050
5 Blätter für das Bildungswesen	16.050
1 wissenschaftliche Zeitschrift	4.100
1 kommunalpolitische Zeitschrift	1.500
2 Jugendzeitschriften	22.500
2 sozialpolitische Blätter	4.600
2 Genossenschaftsblätter	88.800
3 Sportblätter	53.200
1 belletristische Zeitschrift	22.000
	<hr/>
	914.200

Gegenüber dem Vorjahre erweisen diese Ziffern eine beachtenswerte Steigerung der Auflage auf. Im Jahre 1912 hatten wir nur 28 politische Blätter mit einer einmaligen Mindestauflage von 302.620 Exemplaren, während wir ein Jahr später über 36 politische Zeitungen mit einer einmaligen Mindestauflage von 335.400 Exemplaren verfügten. Um mehr als 30.000 Exemplare ist die Mindestauflage der politischen Blätter in einem Jahre gestiegen. Aber auch die Gesamtauflage der österreichischen Arbeiterpresse erweist einen erheblichen Fortschritt auf. Sie stieg vom Jahre 1912 bis zum



Das Internationale Sozialif



Internationales Bureau * Juni 1914

Jahre 1913 von 800.000 auf mehr als 900.000 Exemplare.

Wenn man bedenkt, unter welch schwierigen Verhältnissen sich die österreichische Arbeiterpresse entwickeln muss und noch dazu in Berücksichtigung zieht, dass das Krisenjahr 1913 einen Fortschritt unserer Presse gewiss nicht mehr förderlich war, dann haben wir wohl alle Berechtigung, mit dem Ergebnis zufrieden zu sein. Erfreulicherweise hat der Aufschwung der Arbeiterpresse auch im heurigen Jahr angehalten. Wohl liegen für das Jahr 1914 noch keine endgültigen Ziffern vor, doch ist aus den bisher eingelangten Berichten zu entnehmen, dass die Auflage unserer Blätter wieder um ein beträchtliches grösser geworden ist.

Reichsratswahlen.

Die durch die Auflösung des Parlaments im Jahre 1911 notwendig gewordenen Neuwahlen wurden in den meisten deutschen Gebieten des Reiches im Zeichen des Zusammenschlusses der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie geführt. Besonders in den Sudetenländern, in Böhmen, Mähren und Schlesien überbrückte der Klassenhass des Bürgertums alle inneren Gegensätze und einte sie zu einem leidenschaftlichen Kampf gegen die Arbeiterpartei. Trotz aller Anstrengungen gelang es indes den bürgerlichen Parteien nicht die Sozialdemokratie zu Boden zu werfen. Wohl verloren wir einige Mandate, aber diesen Verlusten standen auch erhebliche Gewinne gegenüber. Was die erreichte Stimmenzahl anbelangt, hat die deutsche Sozialdemokratie in Österreich im Jahre 1911 sogar besser abgeschnitten, als bei den ersten Wahlen auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts im Jahre 1907.

Sozialdemokraten	Stimmenzahl bei der Hauptwahl			
	absolut	Prozent der abg. gült. Stimmen	absolut	Prozent der abg. gült. Stimmen
	1907		1911	
Deutsche	513.219	11·12	542.549	11·96
Tschech. Separatisten	339.960	8·45	357.534	7·87
“ Zentralisten			19.374	0·43
Polen	65.057	1·41	64.569	1·42
Ruthenen	27.978	0·61	21.216	0·48
Slovenen	13.189	0·29	14.368	0·32
Kroaten	—	—	329	0·01
Italiener	19.918	0·43	23.068	0·51
Rumänen	—	—	823	0·02
Verschiedene	—	—	10.518	0·23
	1,029.321		1,054.450	

Das bemerkenswerteste Ergebnis der Reichsratswahlen im Jahre 1911 war der glänzende Sieg, den die organisierte Arbeiterschaft im Stammlande der Monarchie, in Niederösterreich errungen hatte. Hier gelang es der herrschenden christlichsozialen Partei eine grosse Niederlage zu bereiten.

Die sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten verteilen sich in folgender Weise auf die österreichischen Nationen.

	1907	1911
Deutsche	50	44
Tschech. Separatisten	24	25
“ Zentralisten		1
Polen	6	8
Ruthenen	2	1
Italiener	5	3
	<hr/>	<hr/>
	87	82

Nachdem unsere Feinde bei den Wahlen im Jahre 1907 sich noch dem Glauben hingaben, die Sozialdemokratie hätte nur einen Zufallssieg errungen, so muss ihnen der neuerliche Ersatz im Jahre 1911 gezeigt haben, dass der Sozialismus fest und unausrottbar in den Herzen der österreichischen Arbeiterschaft verankert ist.

Landtagswahlen.

In der Zeit seit dem Kopenhagener Kongress fanden allgemeine Landtagswahlen im Lande nur in Mähren statt. Der Besitzstand unserer Partei hat durch diese Wahl keine Veränderung erfahren und wir besitzen demnach nach wie vor folgende deutsche Landtagsmandate:

Niederösterreich	6
Kärnten	1
Salzburg	2
Oberösterreich	1
Steiermark	5
Mähren	1

Gemeindewahlen.

Für die meisten Gemeindevertretungen Österreichs besteht ein reaktionäres Kurienwahlrecht, das den bürgerlichen Parteien die Herrschaft sichert. In vielen Gemeinden ist aber die Sozialdemokratie bereits eingedrungen. Zur Zeit des letzten internationalen Sozialistenkongresses gab es in Österreich 1075 deutsche sozialdemokratische Gemeindevertreter. Bis Ende Juni 1913 ist diese Zahl auf 1436 gestiegen. Davon waren im I. Wahlkörper 17, im II. Wahlkörper 82, im III. Wahlkörper 1171 und im IV. Wahlkörper 166 gewählt. In 12 Gemeinden war der Gemeindevorsteher ein Sozialdemokrat.

Die erste Aufgabe der sozialdemokratischen Gemeindevertreter musste notwendigerweise sein, an der Verwaltung der bürgerlichen Majoritäten eine ernste Kritik zu üben. Der mannhaften Opposition der Sozialdemokraten ist es in der Tat gelungen, in viele Gemeindevertretungen Ordnung zu bringen. Bei der Kritik allein liessen es aber unsere Gemeindevertreter nicht bewenden. Sie bemühten sich Reformen auf allen Gebieten der Gemeindeverwaltung anzubahnen. Eine Fülle von Anregungen ging von ihnen aus. Sie trachteten eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Gemeindefürsorge durchzusetzen, traten für den Ausbau des Schulwesens ein, kämpften für die Gewährung von kommunalen Zuschüssen an Arbeitslose, versuchten dem Wohnungswucher entgegenzutreten u. s. f. Es gibt kein Gebiet der kommunalen Verwaltung auf dem die Sozialdemokraten nicht versucht hätten, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Es ist erfreulich, dass das gemeinnützige Wirken der sozialdemokratischen Gemeindevertreter mehr und mehr anerkannt wird, was sich bei den Gemeindewahlen dadurch äußert, dass die Zahl der Stimmen, die wir auf unsere Kandidaten vereinigen fast allerorts im Steigen ist.

Gewerkschaften.

Am Ende des Jahres 1909 zählten die internationalen Gewerkschaften Österreichs 415.256 Mitglieder. Dann haben sich die Separatisten, den Kopenhagener Beschluss der Internationale missachtend, auf die Zentralverbände gestürzt, um sie zu zerreißen. Es ist ihnen in den ersten Jahren ihres Wirkens in der Tat gelungen, eine grössere Anzahl Mitglieder den Zentralverbänden wegzunehmen und sie den selbständigen tschechisch-separatistischen Organisationen zuzuführen. Nunmehr kann indes auch dieser Prozess als abgeschlossen gelten. Was die tschechischen Separatisten von den internationalen Verbänden loszureißen vermochten, haben sie losgerissen. Die Mitgliedschaft, welche auch in den Wirren der separatistischen Krise bei den Zentralverbänden geblieben ist, und heute ihren Besitzstand bildet, kann wohl als eiserner Bestand gelten, der unverbrüchlich an der gewerkschaftlichen Internationale festhält.

Die Mitgliederbewegung in den letzten vier Jahren war folgende:

Jahr	Mitglieder		
	männlich	weiblich	zusammen
1910	357.858	42.617	400.565
1911	373.914	47.991	421.905
1912	377.947	50.416	428.363
1913	373.963	50.007	423.970

In den zwei letzten Jahren der Wirtschaftskrise und der Balkanwirren hatten unsere Gewerkschaften einen besonders schweren Stand. Dass sie in dieser schweren Zeit sich ungeschwächt behauptet haben, ist ein stolzes Zeugnis ihrer inneren Kraft und Festigkeit.

Die Stärke der internationalen Gewerkschaftsverbände offenbarte sich auch in ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Wohl wurden in den letzten Jahren ganz aussergewöhnliche Anforderungen an sie gestellt, aber es war möglich, allen Ansprüchen zu genügen und überdies noch den Vermögensstand zu vermehren.

Die Einnahmen, Ausgaben und der Vermögensstand in den letzten vier Jahren ergaben folgendes Bild:

Jahr	Einnahmen	Ausgaben	Vermögensstand
		Kronen	
1910	8,604.176-34	8,023.758-92	11,377.000
1911	9,191.346-06	8,542.182-27	13,145.000
1912	9,969.831-71	9,171.352-34	15,064.000
1913	10,036.521-75	10,058.297-89	14,735.000

Die grosse Steigerung der Ausgaben in den letzten Jahren ist auf das Anschwellen der Unterstützungsausgaben zurückzuführen. Besonders die Arbeitslosenunterstützung erforderte von Jahr zu Jahr grössere Summen. Im Jahre 1911 wurden für die Arbeitslosenunterstützung Kr 1.332.867-78, im Jahre 1912 Kr 1.403.067-91, im Jahre 1913 Kr 2.204.801-09 ausgegeben. Im letzten Jahre haben allein die Unterstützungsausgaben nicht weniger als Kr 4.616.929-37 das ist fast 46 Prozent Gesamtausgaben erfordert!

Auf den Kopf des Mitgliedes berechnet betrug der Gesamtvermögensstand in den Jahren:

Jahr	Kronen
1910	27-40
1911	31-15
1912	35-16
1913	35-49

Auch diese Ziffern zeigen die wachsende Kraft der internationalen Gewerkschaften.

Aus der Auflage der gewerkschaftlichen Presse kann man die nationale Zusammensetzung der Zentralverbände ungefähr entnehmen. Es betrug die Gesamtauflage der Fachblätter im Jahre 1913:

Deutsche	Fachblätter .	376.840	75.68
Tschechische	“ ..	80.160	16.19
Polnische	“ ..	22.000	4.42
Ruthenische	“ ..	1.150	0.23
Jüdische	“ ..	600	0.12
Italienische	“ ..	10.310	2.07
Slowenische	“ ..	6.900	1.38
Zusammen ..		497.860	100.00

Dreiviertel der Mitglieder der internationalen Gewerkschaften sind Deutsche. Es stellen aber die anderen Nationen, insbesondere die Tschechen, noch immer ein sehr erhebliches Kontingent Mitglieder. Dass die Deutschen in der gewerkschaftlichen Organisation in einer verhältnismässig grösseren Zahl vertreten sind, erklärt sich vor allem aus der Tatsache, dass die deutschen Gebiete des Reiches die industriereichsten sind. Immerhin sind aber alle österreichischen Nationen in der gewerkschaftlichen Internationale vertreten. Ihre gemeinsame Arbeit hat die Gewerkschaften stark gemacht und sie befähigt, im Kampfe gegen die Unternehmer manchen Erfolg zu erringen.

Genossenschaften.

Die Arbeiter-Genossenschaften, welche auf dem Boden der Internationale stehen, sind dem „Zentralverband österreichischer Konsumvereine“ angeschlossen. Dem Zentralverband gehörten folgende Konsumvereine an:

Berichtsperiode	Zahl der Konsumvereine	Mitgliederzahl
1902/03	184	51.677
1905	343	113.680
1908	467	206.620
1911	515	273.058
1912	584	296.154
1913	463	300.934

In einem Jahrzehnt hat sich die Zahl der dem Zentralverband österreichischer Konsumvereine angeschlossenen Konsumgenossenschaften fast verdreifacht, die Mitgliederzahl versechsfacht. Aber nicht allein an Mitgliedern sind die Konsumvereine gewachsen, sie erzielten auch von Jahr zu Jahr einen grösseren Warenumsatz und einen immer beträchtlicheren Reingewinn. Es wurden von ihnen an Warenumsatz und Reingewinn erzielt:

Berichtsperiode	Warenumsatz	Reingewinn
1902/03	15,804.804	874.466
1905	32,657.773	1,902.316
1908	59,906.408	3,188.037
1911	85,366.140	4,264.602
1912	97,711.948	3,939.024
1913	97,753.641	3,969.206

BERICHT 1914

Weniger regelmässig als die Konsumvereine haben sich die Produktivgenossenschaften entwickelt, obgleich auch hier ein Fortschritt unverkennbar ist. Über die dem Zentralverband angeschlossenen Produktivgenossenschaften unterrichten die folgenden Ziffern:

Berichtsperiode	Zahl der Vereine	Mitgliederzahl	Warenumsatz	Reingewinn
1909	31	1954	4,334.533	91.379
1910	36	2541	5,657.293	208.395
1911	35	2012	307.423 ⁷	72.410 ⁷
1912	24	1825	4,708.931	120.920
1913	30	2137	5,816.454	112.607

Dem Zentralverband österreichischer Konsumvereine gehören ferner 25 Baugenossenschaften an. Von diesen haben im letzten Jahre 13 Genossenschaften mit einem Mitgliederstand von 2344 Mitglieder berichtet. Diese Genossenschaften besitzen Baulichkeiten im Werte von 31,2 Millionen Kronen und Baugrund im Werte von 11,2 Millionen Kronen.

Sehr rege ist die Agitationstätigkeit, die der Zentralverband der Konsumvereine entfaltet. Er gibt zu diesem Zwecke ein genossenschaftliches Familienblatt „Für unsere Hausmütter“ heraus welches eine Auflage von 97.000 Exemplaren erreicht hat. Das tschechische Agitationsblatt hat eine Auflage von 12.300, das polnische von 2600 Exemplaren. Überdies gibt der Zentralverband das Blatt „Der Konsumverein“ heraus, welches eine Auflage von 4800 Exemplaren besitzt und eine tschechische Ausgabe desselben, welche in einer Auflage von 1500 Exemplaren erscheint.

Zu dieser Agitation durch die Verbreitung von Zeitungen und Flugblättern ist in den letzten Jahren eine fleissige Versammlungstätigkeit getreten. Am erfreulichsten ist, dass auch das genossenschaftliche Bildungswesen einen grossen Aufschwung genommen hat.

⁷ Laut des Berichtes im Protokoll des Parteitages 1912 belief sich der Umsatz 1911 auf 3,315.335 und der auf Reingewinn 68.777.

Edouard Baillant / Die Internationale und der Friede

Wenn die Internationale zur Feier der fünfzigsten Wiederkehr des Tages ihrer Gründung ihren Kongress in Wien abhalten wird, so kann sie mit vollem Recht stolz auf den Weg, den sie zurückgelegt, auf das Werk, das sie geleistet, auf das Ziel, das sie erreicht hat. Sie ist geworden, was Marx und ihre Gründer vorausgesehen und erhofft haben: die organisierte und ihrer selbst bewusste Macht des kämpfenden Proletariats aller Länder.

Noch mehr! Seit Jahren schon ist sie nicht mehr bloß die Zusammenfassung verschiedener Kräfte, die für ein Ziel wirken, sie ist die unaufspaltliche und enge Vereinigung dieser Kräfte zu gleichem, immer energischerem Streben. In ihrer Arbeit ist die Internationale gewachsen, nicht nur durch das sozialistische Bewußtsein, sondern auch durch den Widerstand und die provokatorischen Angriffe des Feindes: des Kapitalismus, der seine Unternehmerorganisation ausgestaltet; der Regierungen, die heute mehr denn je im Zeichen des Polizeihütetels, des Militarismus und der Reaktion stehen. In demselben Maße, wie die Konzentration des Industrie- und Handelskapitals vor sich ging, konzentrierte der Kapitalismus seine politische Macht; ward er imperialistisch, rüstete er um der Eroberung neuer Märkte und um seiner räuberischen Kolonialpolitik willen. Aus den geringsten Konflikten dieser militärisch-imperialistischen Politik, unter unangesehntem Wettstreit erwuchs in jedem Augenblick die Gefahr eines Weltkrieges, welcher in seinem Blute die Errungenschaften des Proletariats, aber auch alle Früchte und Keime der Zivilisation der Menschheit vernichtet hätte.

Durch die Gefahr zur Tat gerufen, ihrer Pflicht und ihrer Kraft bewußt, hat sich die Internationale erhoben: Gegen den Krieg! Für den Frieden! Dank dem Bemühen des durch sie geeinten deutschen und französischen Proletariats konnte der Marokkokonflikt Deutschlands und Frankreichs friedlich gelöst werden. Kaum aber schien Ruhe eingetreten zu sein, als der mörderische Krieg der Balkanstaaten ausbrach, der infolge der Feindseligkeiten und Intrigen des österreichischen und russischen Imperialismus zu einem Weltkrieg sich zu entwickeln drohte. Damals geschah es, daß die Internationale in Basel ihre Stimme der Warnung vernahmen ließ. Das Proletariat aller Länder hat auf ihren Ruf geantwortet und verstand zu handeln. Wer erinnert sich nicht der großartigen Volkskundgebungen in allen proletarischen Zentren, in Berlin, Paris, London und allen anderen Arbeiterstädten, vor allem Deutschlands, mit Rednern der sozialistischen Parteien aller Länder! Durch diese gewaltigen Demonstrationen



Die Kanzel im Münster zu Basel, von der am 24. November 1912 Fischer, Haase, Reiz, Gaudin, Gressly, Cokajoff, Adler, Saures und Dazognacki gesprochen haben.

wurden alle Kräfte des Friedens in Bewegung gesetzt. Und der Friede blieb erhalten. So begann für die Internationale, für den Sozialismus eine neue Epoche. In der Zeit der Verwirrung, des Stillschweigens und der Zersplitterung ersahen die Internationale, und sie allein, in den Augen aller als Mutter der Eintracht und der Ordnung, als die einzige Friedensmacht. In den Augen aller erschien die Internationale, der Sozialismus als der lebendige Ausdruck, als der Träger nicht mehr bloß der Befreiung der Arbeiterklasse, sondern aller heiligen Interessen der Menschheit, der Zivilisation, der Hebung ihres Wohles, ihres Heils.

Indem sie also ihre Pflicht erfüllt, hat sich die Internationale reich und unerschöpfliche Werbearbeit erschlossen. Denn zu ihr, zum Sozialismus werden alle kommen, die, befeuert von der Idee der Menschlichkeit und Klugheit, Angenehmer und Feind des Kapitalismus und der Reaktion nicht sein wollen und nicht sein können. Am jedem Tag, auf jedwede Art, bei Wahlen werden wachsende Wirkungen offenbar.

Der Wiener Kongress kommt zur glücklichen Stunde. Es ist seine Sache, den Auftrag zu erfüllen, welchen sich die Internationale in Basel gegeben hat. Er soll vollenden, was die Kongresse von Stuttgart und Kopenhagen nur beginnen konnten: Die Organisierung der sozialistischen Aktion gegen den Krieg. Das sozialistische Proletariat wird in seinen Erwartungen nicht enttäuscht werden. Der Kongress wird verstehen, die Waffen gegen den Krieg zu schmieden, die er braucht. Er wird unter den günstigsten Bedingungen und in dem günstigsten Kreise, in dem er durch einen glücklichen Zufall zusammentritt, nicht anders handeln können. Tagt er doch in dem Kreise der Wiener Arbeiterklasse, welche in allen wirtschaftlich und politisch kritischen Zeiten beständig bewunderungswürdige Beweise ihrer Klugheit und Energie gegeben hat.

Die stets drohenden Intrigen des Finanzkapitals, der Diplomatie und der reaktionären, von den Regierungen geschützten Chauvinismus zwingen gebieterisch, uns ohne Zögern für den Kampf vorzubereiten und keiner anderen Erwägung Raum zu geben als der, die besten und wirksamsten Mittel der Aktion anzuwenden, die schon morgen notwendig und dringlich wird, ja eine Erstlingsfrage für die internationale Sozialdemokratie werden kann. Wir sind sicher, daß der Kongress in Wien das Vertrauen, welches das Proletariat der ganzen Welt aus guten Gründen in ihn setzt, vollständig rechtfertigen wird. Er wird die wirksamsten Aktionen gegen den Militarismus, gegen den Krieg zu organisieren wissen.